



HESSISCHER LANDTAG

25. 09. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Finanzplatz Frankfurt darf durch Commerzbank-Übernahme keine Schwächung erleiden

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass der Finanzplatz Frankfurt der führende Finanzplatz in Deutschland ist und mit über 70.000 Mitarbeitern einen Wohlstandsgaranten im Rhein-Main-Gebiet darstellt.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Commerzbank als zweitgrößte Großbank Deutschlands seinerzeit durch Kapitalhilfen des Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) in Höhe von insgesamt 18,2 Milliarden Euro gerettet wurde und die realen Verluste für den Staat, und somit für den Steuerzahler, enorm hoch sind.
3. Der Landtag stellt fest, dass es aus Wettbewerbsgründen eine zweite große deutsche Privatbank am Standort Frankfurt, in Hessen und in Deutschland braucht, um den heterogenen deutschen Mittelstand mit seinen unterschiedlichen Bedürfnissen optimal und kundenorientiert insbesondere mit Krediten und weiteren Finanzdienstleistungen zu versorgen.
4. Der Landtag stellt fest, dass Frankfurt als Finanzstandort Deutschlands im europäischen wie internationalen Umfeld durch eine mögliche Übernahme an Einfluss verlieren wird.
5. Der Landtag stellt fest, dass sich die bislang unabhängige Commerzbank als zuverlässige Stütze der heimischen Wirtschaft und ihrer Strukturen bewiesen hat.
6. Der Landtag stellt fest, dass es bei einer Übernahme der Mittelstandsbank Commerzbank durch die italienische Unicredit zu einem signifikanten Filialabbau in Deutschland und zu einem signifikanten Stellenabbau in Frankfurt und Hessen kommen wird.
7. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass nach Einschätzungen von Analysten am Standort Frankfurt bei einer Übernahme durch die Unicredit bis zu 12.000 Stellen, weltweit sogar bis zu 26.000 Stellen, wegfallen könnten.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die Bundesregierung noch innerhalb der 90-tägigen Sperrfrist einzuwirken, dass nach Ablauf dieser Frist keine weiteren Verkäufe an einen einzelnen Investor vorgenommen werden sollen.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf den Bund einzuwirken, eine Platzierung der verbliebenen Commerzbank-Aktien im Falle einer feststehenden Verkaufsabsicht nur über die Börse in den Streubesitz anzustreben.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf den Bund einzuwirken, Wege zu suchen, wie eine Erhöhung des Anteils der Unicredit an der Commerzbank auf über 21 Prozent verhindert werden kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. September 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe